

Über die Rechtsaufsichtsbehörde
und das Regierungspräsidium
an das Sächsische Staatsministerium
der Finanzen
Carolaplatz 1

01097 Dresden

Ort _____, den _____

Fernsprecher _____

Aktenzeichen _____

Zutreffendes bitte ankreuzen

Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung

- zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Satz 2 Nr. 1 FAG
- zur Förderung von Gutachten zur Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Satz 2 Nr. 1 FAG
- zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung zum Abbau infrastruktureller Defizite gemäß § 22 Satz 2 Nr. 1 FAG
- zur Überwindung außergewöhnlicher und struktureller Belastungen gemäß § 22 Satz 2 Nr. 2 FAG

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Fernsprecher)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 30 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

II. Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage im Haushalt des Jahres, auf das sich der Antrag bezieht

Aufgestellt auf Grund

- des Haushaltsplanes _____
- des Nachtragshaushaltsplanes _____
- der Jahresrechnung _____

am _____

a) Allgemeine Kennziffern

	TEUR	EUR/Einwohner
1. Haushaltsvolumen		
davon: Verwaltungshaushalt		
Vermögenshaushalt		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner
2. Anzahl der Stellen in: der Kernverwaltung		
den nachgeordneten Einrichtungen		
3. Zahl der Eigen- und Beteiligungsgesellschaften ¹		***
	TEUR	EUR/Einwohner
4. Schuldenstand zum a) Antragsstichtag		
b) 31. Dezember des Jahres, in dem der Fehlbetrag entstanden ist (ohne Kassenkredite)		
Kassenkredite zum c) Antragsstichtag		
5. Finanzierungssaldo nach der Finanzierungsübersicht		

b) Hebesätze zum Antragsstichtag

1. Grundsteuer A in vom Hundert _____
2. Grundsteuer B in vom Hundert _____
3. Gewerbesteuer in vom Hundert _____

c) Angaben zur Haushaltsstruktur (Verwaltungshaushalt)

	Gruppierungs- Nummer laut Gruppierungsplan	TEUR	EUR/Einwohner
1. Einnahmen des Verwaltungshaushaltes	299		
davon: Grundsteuer A und B	001, 002		
Gewerbesteuer (brutto)	003		
Gebühren, Entgelte, und Ähnliches	10–15, 21, 263, 265		
Allgemeine Finanzzuweisungen	041		
Kreisumlage ²	072		
Zuführung von Vermögens- an Verwaltungshaushalt	28		
2. Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	899		
davon: Personalausgaben	4		
Zinsausgaben am Kreditmarkt	808		
Kreisumlage	832		
Zuführung von Verwaltungs- an Vermögenshaushalt	86		
3. Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt	299./899		

¹ Genaue Auflistung in der Begründung mit Jahresabschlüssen, Personalstellen und Zuschussbedarf

² nur Landratsämter

	Gruppierungs- Nummer laut Gruppierungsplan	TEUR	EUR/Einwohner
4. kalkulatorische Abschreibungen	680		
5. Mindestzuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt = Ordentliche Tilgungen + Kreditbeschaffungskosten	970-977 990		

d) – Stand der allgemeinen Rücklage per 1. Januar des laufenden Jahres _____ EUR

– Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 KomHVO _____ EUR

III. Kosten eines Gutachtens

a) Kosten des Gutachtens _____ EUR

b) Beginn der Maßnahme/geplanter Fertigstellungstermin _____ / _____

IV. Höhe des Fehlbetrages/der außergewöhnlichen Belastung: _____ EUR

V. Angaben zum beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzept gemäß Anlage:

1. Ausgabenminderungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: _____ EUR

2. Einnahmeerhöhungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: _____ EUR

VI. Höhe der beantragten Zuweisung: _____ EUR

VII. Fördermittel für kommunale Investitionen (ohne Kredite) – Stand zum Zeitpunkt der Antragstellung

1. Beantragte Fördermittel insgesamt _____ EUR

2. Bewilligte Fördermittel (nach Arten) _____ EUR

3. In Anspruch genommene Fördermittel _____ EUR

VIII. Zielstellung des Gutachtens/des Projektes

(Kurze Beschreibung der geplanten Ziele, zum Beispiel Senkung des Haushaltsdefizites, mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung)

IX. Begründung des Antrages einschließlich der Begründung eines eventuell entstandenen Fehlbetrages oder der außergewöhnlichen Belastung (Nachweis der offenen Kostendeckung innerhalb von drei Jahren)

X. Sonstige Erläuterungen

XI. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.